

12/SN-95/ME

GZ.: Präs - 21 Ka 13 - 84/3

Graz, am 23. Oktober 1984

Ggst.: Entwurf eines Katastrophenfondsgesetzes 1985;  
Stellungnahme.

Tel.: 831/2428 od. 2671

Betrifft GESETZENTWURF

54 -GE/19 84

Datum: 29. Okt. 1984

Verteilt: 1984 - 10 - 29

1. Dem Präsidium des Nationalrates, 1010 Wien I., Dr. Karl Renner-Ring 3 (mit 25 Abdrucken);
2. allen steirischen Mitgliedern des Nationalrates;
3. allen steirischen Mitgliedern des Bundesrates;
4. allen Ämtern der Landesregierungen (Landesamtsdirektion);
5. der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ Landesregierung, 1014 Wien, Schenkenstraße 4,

→ Wasserbau

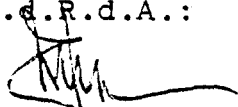
zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Steiermärkische Landesregierung:

Der Landeshauptmann:

Dr. Krainer eh.

F.d.R.d.A.:





AMT DER  
STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG

8011 Graz, Landesregierung – Präsidialabteilung

An das  
Bundesministerium für  
Finanzen  
Himmelpfortgasse 4-8  
1015 W i e n

GZ PräS - 21 Ka 13 - 84/3

Ggst Entwurf eines Katastrophen-  
fondsgesetzes 1985;  
Stellungnahme.

Bezug: 60.0502/1-II/11/84

Präsidialabteilung

8010 Graz, Hofgasse 15

DVR 0087122

Bearbeiter

**Dr. Temmel**

Telefon DW (0316) ~~88~~ 7031/2913

Telex 031838 lgr gz a

Parteienverkehr

Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr

Bitte in der Antwort das Geschäftszeichen  
dieses Schreibens anführen

Graz, am 23. Oktober 1984

Zu dem mit do.Note vom 10. September 1984, obige  
Zahl, übermittelten Entwurf eines Katastrophenfondsgeset-  
zes 1985 wird grundsätzlich folgendes bemerkt:

Nach Durchsicht des Entwurfes eines Katastrophen-  
fondsgesetzes 1985 kann positiv festgehalten werden, daß  
bei der taxativen Aufzählung jener Schäden, für die die zu-  
sätzliche Finanzierung des Katastrophenfondsgesetzes ge-  
dacht ist, der bisherige Schadenskatalog durch die Bestim-  
mungen des Finanzausgleichsgesetzes 1979 erweitert wurde.

Es muß jedoch mit Entschiedenheit abgelehnt werden,  
daß laut §§ 4 und 5 Abs.2 Mittel, welche für Maßnahmen zur  
Vorbeugung gegen künftige und zur Beseitigung von eingetrete-  
nen Katastrophenschäden zweckgebunden sind, zweckwidrig dem  
Umweltfonds zugeführt werden.

- 2 -

Es wird daher nochmals mit Nachdruck gefordert, daß der vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung gestellte Novellierungsvorschlag, wonach Umweltkatastrophen in den Schadenskatalog des Katastrophenfondsgesetzes aufgenommen werden sollen, berücksichtigt wird, da die durch derartige Katastrophen Betroffenen genau solche Schäden erleiden, wie dies durch die im Katastrophenfondsgesetz taxativ angeführten Katastrophenursachen der Fall ist.

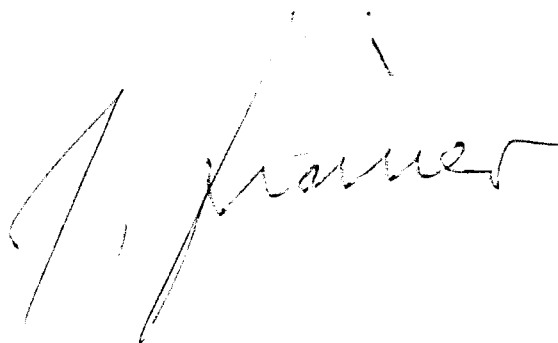
Auch kann den Betroffenen nicht zugemutet werden, daß sie gegen die Verursacher, welche nur schwer oder überhaupt nicht eruierbar sind, Zivilprozesse führen, um zu einer Entschädigung zu gelangen. In der Regel ist der Verursacher überhaupt nicht eruierbar, sodaß ein Schadenersatz nicht gegeben ist.

Im Hinblick auf die Erläuterungen zu § 5 Abs. 2, wonach sich beim Katastrophenfonds Reserven in der Höhe von S 2 Milliarden "angesammelt haben", ist auch die Forderung gerechtfertigt, daß grundsätzlich den Ländern vom Bund Mittel zur Abgeltung von Katastrophenschäden ohne entsprechende Grundleistung der Länder zur Verfügung gestellt werden. Den Ländern stehen nämlich keinerlei eigene Einnahmen für Zwecke der Abgeltung für Katastrophenschäden zur Verfügung, während die Bundesmittel des Katastrophenfonds aus Beiträgen des Aufkommens an der Einkommenssteuer und Körperschaftssteuer eingebracht werden können.

- 3 -

Dem Präsidium des Nationalrates werden 25 Abdrucke  
dieser Stellungnahme direkt zugeleitet.

Für die Steiermärkische Landesregierung:  
Der Landeshauptmann:

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'F. Krainer', is written over a faint, larger, stylized signature that also seems to be 'F. Krainer'. The signature is written in a cursive, flowing style.